

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Günther Felbinger

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Otto Lederer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER
"Bildung braucht Zeit - G 9 zulassen!"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. - Erster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Kollege Felbinger. Bitte sehr.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zeit spielt nicht nur in der Bildung eine große Rolle, sondern auch im Leben der Abgeordneten. Wenn ich mir hier die Reihen so ansehe, sind sie doch noch gut "durchlüftet". - Zeit ist ein wesentliches Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde "Bildung braucht Zeit – G 9 zulassen!" Diese Zeit haben die CSU und vor allem ihr überehrgeiziger Ministerpräsident einer ganzen Schülergeneration durch die überstürzte, konzeptlose und an falsche Erwartungen geknüpfte Einführung des "Turbo-Abiturs", des G 8, gestohlen.

Der Erziehungswissenschaftler Heinz-Elmar Tenorth hat im April 2013 in einem Beitrag auf Sat 1 Folgendes festgestellt:

G 8 war eine der strategisch dümmsten Entscheidungen, die im Bildungswesen jemals getroffen wurden. Ohne jeden Grund, ohne jegliche Rechtfertigung hat man das Wesentlichste und das Wichtigste, das man für Bildung braucht, reduziert, nämlich Zeit. Bildungsgänge setzen auf Zeit, Ruhe und einen vernünftigen Rhythmus.

Und auch die Freizeit ist für die Persönlichkeitsentwicklung enorm wichtig. Denn hier können Kinder ihre Bedürfnisse und Gefühle erleben und ausdrücken.

Meine Damen und Herren, die Erkenntnis, dass Bildung – ich ergänze: gute Bildung - Zeit braucht und wir deshalb endlich wieder ein neunjähriges Gymnasium im Angebotssportfolio unseres bayerischen Schulsystems brauchen, ist nicht neu. Es gab sie im Übrigen in Ihrem Ministerium, Herr Spaenle, schon 1951: Der damalige Kultusminister hatte genau die Erkenntnis, dass für eine gute gymnasiale Bildung, die eine breite Allgemeinbildung und vor allem die Studierfähigkeit zum Ziel hat, mehr Zeit nötig ist. Damals erfolgte der Umstieg vom acht- auf das neunjährige Gymnasium. Deshalb muss Ihnen, Herr Minister, und vor allem Ihnen von der CSU das bayerische Volk, die Bürgerinnen und Bürger, mit unserem Volksbegehren auf die Sprünge helfen, um Sie aus ihrem Dämmer Schlaf aufzuwecken und Ihnen eine Morgendämmerung zu verschaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sollten sich die CDU in Baden-Württemberg als Beispiel nehmen; denn sie hat diese Morgendämmerung schon hinter sich. Sie wurde nämlich in die Opposition geschickt und sieht nunmehr aus dieser neuen Perspektive, wie der Hase bei den 44 Modellschulen in Baden-Württemberg, die die Wahlmöglichkeit zwischen acht und neun Jahren anbieten, läuft: Der Trend zum G 9 ist nämlich eindeutig. Deswegen haben sich die Junge Union und die CDU in Baden-Württemberg für eine flächendeckende Ausweitung dieser Wahlmöglichkeit ausgesprochen. Komischerweise funktioniert es im Nachbarland wunderbar, dass Gymnasien im ländlichen Raum – ich nenne als Beispiel das Gymnasium in Neckarbischofsheim – nicht nur die Wahlmöglichkeit anbieten, sondern damit auch attraktiver werden und einen deutlichen Schülerzuwachs bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Die Staatsregierung hat unserem Fraktionsvorsitzendem Hubert Aiwanger bestätigt, dass an 85 % der Gymnasien in Bayern eine Vierzügigkeit vorliegt und damit diese Wahlmöglichkeit problemlos geboten werden könnte.

Jetzt werden Sie fragen: Was passiert mit den restlichen 15 %? Auch das kann ich Ihnen mit einem Blick ins Nachbarländle beantworten: Die würden sich alle ganz schnell für das G 9 entscheiden, weil Eltern und Schüler sehen, dass mit weniger Leistungsdruck und mehr Zeit – diesbezüglich gab es eine Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern aus dem Jahre 2010 mit einem klaren Ergebnis – die Entfaltung der Persönlichkeit und die persönliche Reife der Schüler wesentlich mehr gefördert und eine gute Bildung mit Qualität ermöglicht wird. Deshalb kann ich an Sie von der CSU und an Sie, Herr Minister Spaenle, nur appellieren: Betreiben Sie nicht weiter eine Blockadepolitik gegen den Willen der Bürger, stellen Sie sich den Realitäten und lassen Sie endlich das G 9 wieder zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Öffnen Sie damit die Tür zu einer qualitativ hochwertigen gymnasialen Bildung, bei der die Studierfähigkeit wieder als oberstes Ziel hergestellt wird und bei der das Gymnasium wieder zum Flaggschiff der bayerischen Schulen wird. Wenn Sie sich weiter dagegen stemmen, dann wird Sie der Bürger beim Volksbegehren abwatschen und Ihnen aufzeigen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

wie man es in Unterfranken so schön sagt, wo der Barthel den Most holt. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Felbinger. – Als Nächster Redner spricht Herr Professor Waschler für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Felbinger und auch Herr Kollege Aiwanger, ich spreche Sie direkt an: Unklare Ziele bei Volksbegehren der FREIEN WÄHLER – bereits das Thema der heutigen Aktuellen Stunde – weisen darauf hin, dass der Gesetzentwurf von Ihnen nicht ernst genommen wird; denn im Gesetzentwurf steht eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9. Jetzt fordern Sie G 9 allein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das stimmt doch nicht! Zulassen!)

Da kann man nur sagen, lieber Herr Kollege Felbinger: Wenn hier von Dämmer Schlaf gesprochen wird, dann richtet sich dieser Vorwurf wohl eher an die von mir aus gesehen linke Seite des Hohen Hauses, nämlich an die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau lesen!)

- Wir lesen sehr genau, was Sie von sich geben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das eine zuzulassen heißt nicht, das andere zu verbieten!)

Wenn Sie jetzt von G 9 sprechen, dann müssten Sie das präzisieren; denn es hat den Anschein, als wollten Sie hier zum alten G 9 zurück, und das kann ja wohl nicht sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr Augenschein trügt! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

In der Debatte haben Sie noch Gelegenheit, dem Hohen Haus klar zu sagen, dass das nicht Ihre Absicht ist.

Ansonsten sind handwerkliche Fehler enthalten.

(Zuruf des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich weiß, das ist Ihr Problem. Das wird auch von Ihren Kolleginnen und Kollegen draußen so gesehen; denn eine Wahlfreiheit ist schlicht und ergreifend ein Etiketten-

schwindel. Das haben wir bereits in der Aktuellen Stunde am 3. April und im Ausschuss gesehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Sie sagen, die Schülerinnen und Schüler können wählen. aber im Gesetzentwurf steht, dass ein Schulforum, ein Gremium an den Schulen, Entscheidungen für eine ganze Schülergeneration über die Amtszeit des Schulforums hinaus trifft. Da kann man nicht sagen, dass der einzelne Schüler eine Wahlfreiheit hat;

(Beifall des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU) – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

sondern hier wird die Wahlfreiheit eindeutig beschränkt.

Hinzu kommt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass erfahrene Schulpraktiker sagen: Wenn diese Wahlfreiheit, wie sie die FREIEN WÄHLER wollen, kommt, dann wird eine solche Parallelführung in ländlichen Regionen – das ist so, Herr Kollege Aiwanger – und an kleineren Schulen schon aus organisatorischen Gründen

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

nicht möglich

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

oder massiv erschwert sein. Gleichzeitig muss man den Menschen, die Sie zur Unterschrift für das Volksbegehren auffordern, aber auch sagen, dass längere Schulwege für viele Gymnasiasten die Folge wären und die Schließung kleinerer Standorte im ländlichen Raum schnell zur Diskussion stehen würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie schließen Schulen!)

Ein weiterer Punkt ist die von Ihnen unterstellte Kostenneutralität. – Herr Kollege Aiwanger, Sie versuchen in Zwischenrufen, Ihre Sicht der Dinge einzubringen. Bündeln Sie es doch einmal und machen Sie einen konkreten, sinnvollen Vorschlag, aber nicht irgendwelche Zwischenrufe, die uns in der sachlichen Diskussion nicht weiterführen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie lesen runter, ich störe Sie nicht!)

Sachlich betrachtet – das steht schwarz auf weiß – unterstellen Sie eine Kostenneutralität. Das heißt, wenn Ihr Konzept der Parallelführung umgesetzt würde, wird es automatisch eine Beschränkung der bisherigen Wahlmöglichkeiten geben. Also werden die Ausbildungsrichtungen und die Sprachfolgen an den Gymnasien in Bayern darunter leiden und es wird zulasten anderer Schularten gehen. Sie greifen massiv in die bestehenden Strukturen des differenzierten Bildungssystems in Bayern ein, Sie gefährden Intensivierungsstunden,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Sie gefährden W- und P-Seminare in der Oberstufe, und Sie gefährden die individuelle Lernzeit einschließlich aller Flexibilisierungsmöglichkeiten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr wohl interfraktionell gute Gespräche geführt; das begrüße ich außerordentlich. Es besteht Einigkeit darüber, dass eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung des Gymnasiums Ausgangspunkt der gesamten Debatte sein muss, aber nicht die Länge von Schulzeiten.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, ich verstehe die politische Diskussion, auch wenn Nachwehen aus dem letzten Landtagswahlkampf der FREIEN WÄHLER jetzt herüberschwappen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warten Sie auf die nächste Landtagswahl, vielleicht sind Sie wieder draußen!)

Sie behaupten in Ihrem "Regio Aktuell" Nr. 24 – vielleicht hat das jemand unter Ihrem Namen fälschlicherweise veröffentlicht; ich konnte gar nicht glauben, dass Sie so etwas von sich geben – bezüglich des G-9-Volksbegehrens, dass ein neunjähriges Gymnasium dem Land guttäte – man kann es auch heute noch im Internet nachlesen, es sei denn, Sie haben es gelöscht –,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja klar!)

weil es nach Ihrer Ansicht von mehr Schülern als bisher besucht würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja logisch!)

Damit haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen. Sie wollen tatsächlich Schüler von anderen Schularten abziehen und damit das bewährte differenzierte Schulsystem bei uns gefährden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wollen weiterhin Niederbayern als Schlusslicht! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Eine weitere interessante Geschichte: Wenn Sie sagen, an vierzügigen Gymnasien in Bayern könnte man problemlos in ein, zwei oder drei Zügen G 9 und in anderen G 8 anbieten, dann offenbart das perfekt, dass Sie keine Ahnung von der Organisation der Gymnasien haben. Wer so etwas behauptet, der weiß nicht, wovon er spricht.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU) – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber Sie wissen es!)

– Bei der Schulorganisation und den Gymnasien weiß ich, wovon ich spreche, Herr Kollege Aiwanger, weil ich es in der Praxis bewiesen habe. Ich habe als Verantwortlicher die Organisation

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das bezweifle ich!)

an einem bayerischen Gymnasium nicht nur gemanagt, sondern habe auch dafür gesorgt, dass es realisierbar war.

Kommen wir zu dem, was uns führende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft dazu sagen. Die sagen ganz deutlich: Liebe Damen und Herren in der Politik, liebe Verantwortliche, wir haben ganz offensichtlich keinesfalls zu wenig Gymnasiasten, sondern wir haben zu wenig qualifizierten Facharbeiternachwuchs.

(Beifall bei der CSU)

Der fehlt an allen Ecken und Enden. - Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, diese Aussagen interessieren Sie überhaupt nicht. Sie wollen die hohe Qualität der gymnasialen Bildung absenken, fahrlässig oder bewusst – ich weiß gar nicht, was schlimmer ist.

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ihre Absicht, das Niveau des Gymnasiums zu senken, wollen Sie mit Worthülsen verdecken. Da ist blumig vom "stressfreien Gymnasium" und einem "Gymnasium weitgehend ohne Nachmittagsunterricht" die Rede. Sie wollen den Menschen mit Ihrer Propaganda ein kuscheliges Gymnasium für jedermann versprechen und wissen gar nicht, was Sie damit anrichten.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was wollen Sie denn überhaupt?)

Herr Aiwanger – das war eine Steilvorlage, endlich mal ein sinnvoller Zwischenruf –,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was wollen Sie denn?)

wir von der CSU wollen die Vielfalt der hochwertigen differenzierten bayerischen Bildungslandschaft auch künftig erhalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Konkreter!)

Dazu gehören nach der Grundschule unverzichtbar eine qualitativ hochwertige Mittelschule, eine hochwertige Realschule und die Gesamtheit der beruflichen Bildung, die wir keinesfalls vernachlässigen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER sollten endlich einmal zu dem stehen, was sie in ihrem Gesetzentwurf zum Volksbegehren schreiben, und den Menschen sagen, dass das Parlament das Ganze eins zu eins umsetzen muss, wenn man diesem Gesetzentwurf zustimmt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Müssen sie!)

Dann kann ich nur sagen: Der Kollege Aiwanger hat schon jetzt Angst vor dem Erfolg. Er schreibt da hinein, man habe die Möglichkeit, dem etwas entgegenzusetzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, machen Sie es doch!)

– Hoffentlich hat jeder diesen Zwischenruf gehört; denn das, was man entgegengesetzen würde, kann in keinem Fall schlechter sein als das, was hier vorgeschlagen wird. Deshalb sage ich: Der Weg, den die CSU mit anderen Fraktionen, mit den Verbänden und mit der Schulfamilie einschlägt, bedeutet: keine unüberlegten Schnellschüsse.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen weitere Qualitätsverbesserungen am Gymnasium. Das setzt einen breiten, ergebnisoffenen Dialog voraus, und dieser wird intensiv und in Ruhe, und zwar unabhängig von Ihrem Volksbegehren geführt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das bedeutet eine eingehende Prüfung der vorgelegten Konzepte, intensive Gespräche, keine Vorfestlegungen auf das G 9 oder G 8,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha!)

aber nicht so, wie es die FREIEN WÄHLER heute in dieser Aktuellen Stunde mit einer Vorfestlegung auf ein G 9, welcher Prägung auch immer, machen wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach, Sie wissen noch gar nicht, was Sie wollen!)

Denn - Herr Kollege Aiwanger, jetzt hören Sie doch mal zu; vielleicht vernebeln Ihre Zwischenrufe eine objektive Sicht - der zentrale Ausgangspunkt darf nicht irgendein Politiker, irgendeine politische Richtung sein, sondern das muss die Schülerin, das muss der Schüler sein.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das zentrale Ziel muss des Weiteren die Weiterentwicklung des qualitativ hochwertigen und über die Landesgrenzen hinaus anerkannten bayerischen Gymnasiums sein. Das bedeutet Sachorientierung anstelle von unüberlegten Schnellschüssen auf Kosten der Schülerinnen und Schüler und der Schulfamilie insgesamt. Wenn Sie Zweifel daran haben, empfehle ich die Lektüre der Anhörung vom 05.06.2014,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

die in eindrucksvoller Weise bewiesen hat – und zwar vonseiten der Bildungspolitik wie vonseiten der Schulpraktiker –, dass die aktuelle Debatte darüber völlig verkürzt ist und dass das angebliche Zeitproblem von G 8 oder G 9 nicht das Zentrum der Diskussion sein soll.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da täuschen Sie sich!)

Deswegen lautet die Bitte, die nicht nur von einer Schülerin, von einem Schüler oder von einem Experten kommt: Lasst uns an den Schulen in Ruhe arbeiten. Wir sind alle gut beraten, wenn wir darauf eingehen, hohe Qualität anzubieten - und das in Ruhe und nicht mit unüberlegten Schnellschüssen. Schon gar nicht sollte das mit Vorfestlegungen in Richtung des alten G 9 erfolgen, erst recht nicht mit organisatorisch nicht umsetzbaren Dingen wie einer Parallelführung von G 8 und G 9 an bayerischen Schulen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Professor Waschler. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Kollegen Güll für die SPD. Bitte sehr.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man, wie ich gerade, aus einem wohltuend ruhigen, sachlichen Werkstattgespräch kommt und sich dann wieder diese Showbühne hier vergegenwärtigt, dann muss man ganz ehrlich sagen: Das Thema, das uns heute wieder umtreibt, das uns die letzten Wochen und Monate umgetrieben hat und - da bin ich sicher - auch noch die nächsten Monate umtreiben wird, würde es verdienen, in aller Ruhe und Sachlichkeit behandelt zu werden. Es gilt nämlich, eine Lösung für ein Problem zu finden, das uns schon seit zehn Jahren beschäftigt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist unstrittig in diesem Hause, dass wir hier eine Lösung brauchen. Gerade im Bildungsbereich hat man oft zehn Experten und zehn Meinungen. Beim Gymnasium gibt es sogar zehn Experten und 25 Meinungen. Deshalb sollten wir uns vielleicht noch einmal auf einige Eckpunkte besinnen. Wenn ich mich nicht irre, dann haben sich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren dermaßen starke gesellschaftliche Veränderungen gezeigt, dass wir gar nicht umhinkommen, noch einmal in Ruhe darauf zu schauen, wie unsere Bildungseinrichtungen insgesamt aufgestellt sind.

Eines ist in diesem Hause jedoch auch klar: Die einzige Ressource, die wir in Bayern und in ganz Deutschland wirklich haben, sind unsere Menschen. Sie müssen eine entsprechende Bildungsgrundlage bekommen. Deshalb setzen wir alle hier im Hause auf das Thema Bildung. Wir müssen aber auch alles daransetzen, die Schulen und die Bildungseinrichtungen so aufzustellen, dass sie diesem hohen Anspruch gerecht werden.

Wir beschäftigen uns jetzt gerade nicht mit der Mittelschule oder mit der Realschule, sondern müssen uns mit dem Gymnasium befassen, weil es eben nicht so aufgestellt ist, wie wir alle uns das wünschen. Das hat nichts mit Ruhe zu tun, sondern mit der Frage: Ist die Entwicklung, die Ministerpräsident Stoiber damals angestrebt hat, richtig verlaufen oder nicht? Wenn es damals einen Kardinalfehler gegeben hat, dann den, dass man der Schulzeitverkürzung kein Konzept zugrunde gelegt hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das sage ich deshalb, weil es im Grunde nicht um die Frage geht, ob man das Gymnasium auf acht oder neun Jahre begrenzen sollte, sondern man muss wissen, wie man das Gymnasium ausstattet und wie man es plant, wenn man es in acht oder neun Jahren macht.

Deshalb müssen wir in der Diskussion – das gilt für gestern, heute und morgen – die Kernfrage noch beantworten: Was ist eigentlich das Ziel dieser Schulform Gymnasium, die wir als die neue Hauptschule Bayerns bezeichnen müssen, weil mittlerweile 40 % eines Jahrgangs dorthin gehen?

Es geht nicht darum, ob damit eine andere Schulform abgewertet wird oder nicht, sondern darum, dass wir uns mit dieser Realität auseinandersetzen müssen. Hierüber, glaube ich, besteht Einigkeit in diesem Hause. Die Schulform Gymnasium, die unbestritten ist – das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich –, muss das Ziel haben, nicht nur eine Zugangsberechtigung für die Hochschule zu schaffen - das machen andere Bildungswege auch -, sondern auch – der Kollege Felbinger hat es gerade ge-

sagt – Studierfähigkeit zu erzeugen. Diese Studierfähigkeit – das sagen uns die Experten – hat etwas damit zu tun, wie nachhaltig man in dieser Schulform lernen kann. Es geht nicht darum, Wissen anzuhäufen; diese Zeiten sind vorbei. Es geht darum, Wissen zu vernetzen und Schülerinnen und Schüler mit Kompetenzen zu versehen, um die gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir in dieser Gesellschaft stehen, bewältigen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ringen wir um Bildungszeit. Bildungszeit ist ein Parameter dafür, diese Ziele zu erreichen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man schränkt den Inhalt ein, um das Ganze in einer kürzeren Zeit zu bewältigen. Ich sehe im Moment keinerlei Bestrebungen, auch nicht bei den Verbänden usw., einmal fundamental nachzudenken, ob man das inhaltlich anders gestalten kann. Dazu ist die Fächerdominanz in Bayern viel zu groß.

Deshalb sage ich: Lasst uns darüber nachdenken, wie wir den Rahmen, den wir haben, ausfüllen können. Diesen Rahmen bestimmen nicht wir hier, sondern bestimmt beispielsweise die Kultusministerkonferenz mit den genannten 265 Stunden. Eines wird hier unbestritten deutlich: Nachdem der Rahmen der Kultusministerkonferenz so ist, wie er ist, gibt es offensichtlich gar keine andere Lösung, als die Lernzeit wieder zu erhöhen; denn die Verdichtung der Bildung in der Mittelstufe, in der Entwicklungszeit der Pubertät hat in den letzten vier Jahren offensichtlich nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Diese Überlegung muss uns leiten. Wenn die Verdichtung der Bildung zu einer Unzeit der Grund dafür ist, dass wir unsere Bildungsziele nicht erreichen, müssen wir uns überlegen, wie wir Zeit für Bildung erhöhen können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Darum kommen wir letztlich nicht herum. Das ist die Erkenntnis der SPD-Fraktion. Die Schülerschaft ist heterogen; das ist nicht wegzubringen, und das ist nicht zu leugnen. Viele Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Zeit, um die Bildungsziele zu erreichen. Für diese Schüler müssen wir mehr Zeit schaffen. Für die Struktur der Schule kann das nur bedeuten, dass wir grundständig wieder auf neun Jahre gehen müssen. Wir müssen darüber nachdenken, wie Beschleunigungsspuren für die, die es schneller können, eingebaut werden können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Inklusion haben wir unter der Mitwirkung von Herrn Kollegen Eisenreich Maßstäbe gesetzt. Wir haben versucht, ein schwieriges Thema aus den Alltagsdiskussionen herauszuhalten, um es wirklich vernünftig zu lösen. Das ist uns mehr oder weniger gelungen. Darüber möchte ich heute nicht spekulieren. Wenn wir jedoch jetzt diese letzte Chance nicht wahrnehmen, das Gymnasium auf einen ruhigen Weg zu bringen, wird uns dieses Thema noch zehn Jahre beschäftigen. Das kann doch nicht Sinn und Zweck sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Hause, egal, ob sie sich mit der Bildung beschäftigen wollen oder nicht: Lassen Sie uns dieses Thema Gymnasium noch einmal in aller Ruhe gemeinsam anschauen! Wir haben dazu zwei Werkstattgespräche in einer offenen und guten Atmosphäre geführt. Wenn wir genügend Zeit hätten, dieses Thema zu diskutieren, und uns nicht unter Druck setzen, könnten wir eine Lösung finden, die die nächsten Jahre überdauert. Damit würden wir allen einen Gefallen tun, den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und nicht zuletzt unseren Lehrerinnen und Lehrern, die mittlerweile alle unter dieser unaufgelösten Situation leiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen das beenden. Das Thema Volksbegehren hin oder her müssen wir jetzt durchstehen. Mein Appell lautet: Wir können und

dürfen nicht aufhören, uns mit diesem Thema in der Weise, wie ich das gerade gesagt habe, auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die SPD-Fraktion und, wie ich glaube, auch die anderen Fraktionen sind dazu bereit. Springen wir über unseren Schatten! Lösen wir dieses Problem gemeinsam! Das wäre im Sinne aller Beteiligten.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Güll. Herr Kollege Gehring von der Fraktion der GRÜNEN steht schon bereit. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Bildung braucht Zeit", heißt es in der Überschrift der FW-Fraktion. Ich würde sagen: Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit für Bildung. Sie brauchen mehr als Zeit; denn Schülerinnen und Schüler sind nicht wie ein Wein, den man in Fässer abfüllt und der dann beim Lagern mit der Zeit reift. Schülerinnen und Schüler brauchen die aktive Auseinandersetzung, sie brauchen guten Unterricht, sie brauchen gute Lernbedingungen; denn sonst nützt die ganze Zeit nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle sind sehr unterschiedlich. Wir haben unterschiedliche Lerntempi. Der eine hat schon alles verstanden, der andere braucht noch etwas Zeit, um etwas zu vertiefen. Jeder braucht seine Zeit, und jede braucht ihre Zeit. Bei der Anhörung im Bildungsausschuss hat es eine Referentin zum Thema Schulgrößen sehr schön formuliert. Sie hat gesagt, es helfe nichts, wenn eine Schule die Schuhgröße 42 anbiete und irgendwann auch noch die Schuhgröße 37. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FW-Fraktion, es hilft auch nichts, wenn man die Schuhgrößen 37 und 42 parallel anbietet.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn man nur eine anbietet, ist es noch schlimmer!)

- Lieber Herr Kollege Aiwanger, die meisten Schülerinnen und Schüler haben nicht die Größen 37 und 42. – Wir beteiligen uns nicht an diesem Volksbegehren, weil es nur ein strukturelles Angebot macht. Die Unzufriedenheit mit dem G 8 ist sehr groß. Sie durch eine Beteiligung an einem Gesetzentwurf, den man nicht unterstützen kann, auszudrücken, würde bedeuten, das Instrument des Volksgesetzgebungsverfahrens nicht ernst zu nehmen. Deswegen werden wir uns daran nicht beteiligen. Wir müssen die Diskussion hier, in diesem Bayerischen Landtag führen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hier nehmen Sie uns nicht ernst!)

Herr Kollege Güll hat bereits angesprochen, worum es geht: Wir müssen einen gemeinsamen Diskurs führen. Diesen Diskurs werden wir auch führen, wenn das Volksbegehren vorbei ist. Wir werden ihn sicherlich im Herbst führen und entsprechende Gesetzesinitiativen einbringen.

Ich möchte noch einmal auf das hinweisen, was die Experten bei der Anhörung im Bildungsausschuss gesagt haben. Ich empfehle allen, die sich damit beschäftigen wollen, diese Aussagen nachzulesen. Die erste übergreifende Antwort aller Experten lautete: Das Prä liegt bei der inhaltlichen Reform. Es geht darum, Unterricht zu verändern, selbstständiges Lernen der Schülerinnen und Schüler zu formen und nachhaltiges Lernen zu fördern. Diese inhaltliche Reform des Gymnasiums können wir nicht durch strukturelle Antworten leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein zweites Ergebnis dieser Anhörung, das sehr deutlich von vielen Experten formuliert wurde, lautet: Ganztagschulen, Ganztagsgymnasien. Ich darf an den Appell von Herrn Professor Dr. Prenzel am Schluss erinnern. Diese Diskussion, wie wichtig ganz-

tägige Schulen auch in der gymnasialen Bildung sind, ist momentan vollkommen verloren gegangen.

Herr Kollege Güll hat bereits das dritte Thema angesprochen, die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien, die gestiegenen Übertrittsquoten und die Prognosen, wonach diese Übertrittsquoten steigen werden, unabhängig davon, ob das Gymnasium als G 8, als G 9 oder wie auch immer geführt wird. Diese steigende Heterogenität erhöht die Notwendigkeit einer inhaltlichen Reform des Gymnasiums. Wir brauchen diese Reform in allen Stufen des Gymnasiums, in der Unterstufe, in der Mittelstufe, aber auch in der Oberstufe, gerade wenn es um die Studierfähigkeit geht, um die Vertiefung in bestimmten Bereichen oder um die Vorbereitung auf ein naturwissenschaftliches Studium. Hier müssen wir die Diskussion führen.

Wir werden im Bayerischen Landtag keine Ruhe geben. Wir werden das Thema G 8 angehen. Ich hoffe, dass auch die CSU-Fraktion kapiert hat, dass es mit der Parole "Ruhe" vorbei ist. Beim G 8 gibt es keine Ruhe. Wir haben einen großen Reformbedarf. Wir haben viel Arbeit vor uns. Wir warten auf Ihre Reformvorschläge. Dazu hören wir leider noch nichts. Wir warten auf konkrete Diskussionsanreize aus der CSU-Fraktion, die uns allen weiterhelfen würden.

Ich kann Ihnen versichern: Wir werden einen Gesetzentwurf einbringen, einfach um die Beratungen fortzuführen. Wir werden im Sommer über das G 8, die Zukunft des Gymnasiums und ein zukunftsfähiges Gymnasium reden. Wir werden auch im Herbst darüber reden. Herr Kollege Güll hat es bereits angesprochen: Wir werden versuchen, möglichst breit zu diskutieren, wenn wir fraktionsübergreifend etwas auf den Weg bringen können. Wir müssen aber jetzt in Kontroversen die Knackpunkte herausarbeiten. Dazu wünsche ich uns allen viel Freude und viel Spaß. Diesen Spaß werden wir bei diesem Thema auch noch im Herbst haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Lederer von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Bildung braucht Zeit". Ja, aber wie viel? Bei der Expertenanhörung vor zwei Jahren hat der damalige und heutige Vorsitzende, Herr Güll, das Fazit gezogen: Niemand will zurück zu einer generell längeren Schulzeit. Aber auch damals war schon klar, dass der Schlüssel in der Individualisierung des Lernens liegt. Noch im Juli hat zum Beispiel auch die SPD geschrieben, dass man kein unsinniges zusätzliches Schuljahr braucht. Im Juli 2012 haben die FREIEN WÄHLER in einer Pressemitteilung noch erklärt: Wir benötigen endlich Ruhe an bayerischen Gymnasien und nicht schon wieder eine Reform; davon haben Eltern, Lehrer und Schüler genug.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist aus dem Zusammenhang gerissen!
– Lachen bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER haben dann aber das Volksbegehren angezettelt. Ob dies irgendetwas mit dem Landtagswahlkampf zu tun hatte, weiß ich nicht. Tatsache ist aber, dass die FREIEN WÄHLER nach der Landtagswahl einen Gesetzentwurf zur Wahlfreiheit G 8/G 9 eingebracht haben, dem sich keine andere Partei angeschlossen hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das spricht an dieser Stelle für uns! – Lachen bei der CSU)

Die Gründe dafür haben wir vorhin auch von den Rednern der Opposition gehört. Diese Gründe hört zum Beispiel auch Professor Piazzolo, wenn er in Rosenheim ist – so habe ich es zumindest der Presse entnommen. Auch er hört dort Gründe dafür, weshalb eine Parallelität von G 8 und G 9 im ländlichen Raum sehr, sehr schwierig ist.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nur in Baden-Württemberg geht es; bei uns nicht!)

Im März 2014 haben die FREIEN WÄHLER dann einen Dringlichkeitsantrag gestellt

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

und gefordert, den Vorschlägen der FREIEN WÄHLER und des Philologenverbandes zu folgen – zwei Dingen, die überhaupt nicht kompatibel sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch!)

Genau deshalb hat dann der Philologenverband einen Monat später eine Pressemitteilung mit der Überschrift "Keine Parallelführung G 8/G 9!" herausgegeben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber Sie fordern heute zumindest das G 9!)

Die Bayerische Staatsregierung hat deswegen einen Bildungsdialog ins Leben gerufen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha! Deswegen!)

Der Bildungsausschuss hat eine Anhörung zur Zukunft des Gymnasiums in Bayern beschlossen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Komisch! Wo er doch weiß, wie es geht!)

Herr Felbinger, ich zitiere jetzt keine Daten aus dem Jahr 2010, sondern ich zitiere aus der Expertenrunde, die aus Expertinnen und Experten unter anderem aus Rheinland-Pfalz, Bochum, München und Ulm zusammengesetzt war, die nicht nur von der CSU ausgewählt wurden. Dort wurde mitgeteilt, dass eine gute schulische Ausbildung am Gymnasium sowohl im G 8 als auch im G 9 möglich ist,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da siehst du es!)

dass es zwischen G 8 und G 9 keine messbaren Unterschiede gibt hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Schüler, des allgemeinen Stressempfindens, der subjektiven Einschätzung, wie gut sie sich auf die Berufswelt vorbereitet fühlen, dass es keine Unterschiede gibt hinsichtlich der Persönlichkeitsentwicklung, der Überlastung, der Ängstlichkeit, des sozialen Engagements und familiärer Kontakte. Das sind Studien,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): ADAC-Studien!)

Herr Kollege, die eben begründet sind. Das sind keine Studien, die nur zum Teil zitiert werden oder die nicht die kritische Masse an Teilnehmern erreicht haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach, hören Sie auf!)

Schüler im G 8 und im G 9 gehen gleichermaßen dem Sport und auch musischen Angeboten nach – so Professorin im Brahm aus Bochum und Professor Prenzel aus München.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fragen Sie in Bayern nach! Das ist gescheiter!)

- Herr Professor Prenzel ist aus München, das liegt in Bayern, Herr Kollege.

Es wurde auch klargemacht: Man kann an den Schulen Stress erzeugen – so Professor Prenzel –, wenn die Schulen das G 8 und das G 9 parallel betreiben sollen. Deswegen hat Frau Dr. Hille aus Ulm folgendes Fazit gezogen: Es gibt keine Alternative für mich zum individualisierten bzw. personalisierten Lernen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

wenn wir am Lernerfolg interessiert sind. Das ist auch bereits 2012 herausgekommen. Es geht mehr um Inhalte und weniger um Strukturen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben gehört: Ob das G 8 oder das G 9 besser ist, ist die falsche Frage. Beide Wege sind möglich, aber für manche Schülerinnen und Schüler sind die Wege unterschiedlich gut geeignet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau!)

Das hat mich stark an die Äußerungen unseres Kultusministers in diesem Hohen Hause erinnert,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je! Lieber nicht!)

der gesagt hat, dass das G 8 für alle genauso überholt ist wie das G 9 für alle.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Deshalb Wahlfreiheit!)

Sehr viele Vertreter der Opposition haben kritisiert, er käme immer mit den gleichen alten Phrasen daher. Das, was der Kultusminister sagt, ist aber topaktuell und wird von der Wissenschaft bestätigt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist der Inhalt unseres Volksbegehrens!)

Ziel unserer Fraktion ist also nicht die Schulzeitverlängerung um der Verlängerung willen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Lederer, denken Sie bitte an die Zeit.

Otto Lederer (CSU): Wir wollen eine inhaltlich pädagogische Weiterentwicklung

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da sehen Sie, wie wichtig die Zeit ist!)

des Gymnasiums als Flaggschiff unseres gegliederten Schulwesens. Dafür werben wir.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Wortbeitrag stammt vom Kollegen Professor Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was haben wir mit unserer Initiative nicht alles schon erreicht! Dieses Volksbegehren ist jetzt schon ein großer Erfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Kreuzer (CSU): Unglaublich! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die CSU diskutiert schon einmal!)

Vor einem Jahr, sehr verehrter Herr Kreuzer,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie sind Populisten erster Klasse auf Kosten der Kinder!)

als wir die ersten Reden gehalten haben, kam von der CSU der Satz – selbst heute hat ihn Herr Waschler noch zitiert –: Ruhe, Ruhe, Ruhe; das Gymnasium braucht Ruhe, Ruhe, Ruhe; alles ist gut, beim G 8 läuft alles prima. Herr Spaenle sagt: Wir haben das Flexijahr – das ist die Lösung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute spricht niemand mehr vom Flexijahr. Das Flexijahr ist schon jetzt gescheitert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute, ein Jahr später, haben wir ein Konzept des Philologenverbandes, von dem jetzt Herr Spaenle behauptet, er hätte es angestoßen – trotz der Ruhe, die es angeblich geben sollte. Die Elternvereinigungen haben Modelle vorgelegt; die Schüler haben Modelle vorgelegt; die SPD ist inzwischen beim G 9 gelandet, nachdem sie zuvor bei der Wahlfreiheit war. Der BLLV unterstützt unser Volksbegehren; das Forum Bildungspolitik mit 45 Verbänden und 1,5 Millionen Mitgliedern unterstützt unser Volksbegehren. Wenn das Ruhe ist, dann verstehe ich den Begriff Ruhe nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der Bildungslandschaft steckt Bewegung. Diese Bewegung ist positiv; denn wir diskutieren im Moment nicht nur über das G 8 und das G 9. Wir diskutieren über Lehrpläne; wir diskutieren über Unterrichtsformen; wir diskutieren nicht nur über die Dauer, sondern auch über vieles andere. Das tut dem Gymnasium gut. Das liegt an unserem Anstoß, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alle, die in der Bildungslandschaft etwas zu sagen haben, haben etwas zum Ausdruck gebracht und Konzepte vorgelegt. Die Einzige, die nichts gesagt hat und die kein Modell hat, ist die Bayerische Staatsregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind ohne Modell. Der Minister sagt – gerade hat dies Herr Lederer zitiert –, das G 8 allein ist nicht gut; das G 9 allein ist nicht gut. – Was heißt das denn? – Das heißt Wahlfreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beides ist gut, Herr Minister; beides brauchen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das liegt nahe. Wie ist es denn? – Wenn jemand politisch nicht mehr weiterweiß, gründet er einen Arbeitskreis. Genau das machen Sie. Sie veranstalten Foren, Dialoge und Werkstattgespräche. Ich sage: Sie sollten selber denken. Das, was Sie machen, ist betreutes Denken. Sie wollen, dass andere für Sie denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da wird moderiert statt regiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie als Regierung sollten handeln. Es ist Ihre Aufgabe voranzugehen. Ich erinnere mich –

manchmal macht man das – an den 70. Geburtstag von Franz Josef Strauß. Damals hat Herr Heubl gesagt: Franz Josef, geh voran, wir folgen dir. Das war der Satz. Wer geht denn im Moment voran? – Die FREIEN WÄHLER gehen voran. Folgen Sie uns!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Kreuzer (CSU): Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CSU)

Sie beschreiten im Moment einen Weg, ohne das Ziel zu kennen. Sie sind eine Regierung, die nicht führt,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn Sie mit uns mitgehen, passt es ja!)

die sich von dem Volksbegehren den Zeitplan diktieren lässt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich höre, dass Sie fünf Tage nach dem Volksbegehren Ihre Pläne offenlegen wollen. Es ist doch klar, was dahintersteckt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist eine Lehrstunde!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Dieses Volksbegehren hat den richtigen Ansatz. Man kann über die Details diskutieren; das tun wir gerne. Das haben wir immer gesagt. Wir haben nie gesagt, dass nur die FREIEN WÄHLER über die Wahrheit verfügen.

(Karl Freller (CSU): Sie haben nie die Wahrheit gesagt!)

Wir haben immer gesagt, es geht bei dem Volksbegehren um einen Gesetzentwurf, nicht um ein ganz konkretes, ausformuliertes Konzept. Da ist alles drin, was richtig ist, nämlich mehr Zeit zum Lernen. Ich glaube, wir alle hier wollen das Gymnasium weiterentwickeln und G 9 zulassen – das, Herr Waschler, steht da drin, nicht Wahlfreiheit.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie lesen Ihre eigenen Entwürfe nicht!)

Das G 8 gibt es schon. Deshalb wollen wir das G 9 noch zusätzlich. Wir wollen, dass es auch das G 9 bei uns, wie in anderen Bundesländern, gibt. Wir wollen nicht, dass

die bayerischen Schüler gegenüber anderen benachteiligt werden. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als letzter Satz, um das auch deutlich zu machen: Wir wollen den ländlichen Raum stärken. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen schaffen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie glauben doch selber nicht, was Sie hier reden! –
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Klar glauben wir das! – Weitere Zurufe von
den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur wer unterschreibt, kann sicherstellen, dass es nachhaltigere Formen des Gymnasiums gibt. Wer unterschreibt, tut etwas für die Schüler und Eltern in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Piazzolo. Für die CSU hat sich Frau Kollegin Schreyer-Stäblein gemeldet.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Rede fällt es einem sehr schwer, die Sachlichkeit, die Herr Kollege Güll zu Recht angemahnt hat, wieder einkehren zu lassen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das schaffen Sie in fünf Minuten nicht!)

Eine solche Selbstüberhöhung ist schon spannend - als ob wir nicht die ganze Zeit miteinander über alle Fraktionen hinweg diskutieren und miteinander überlegen würden, was wir wollen!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vielleicht sagen Sie uns, wie das CSU-Konzept aussieht!)

Erst wird uns vorgeworfen, wir waren beim G 8 zu schnell.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Erst seid ihr zehn Tage, dann zehn Jahre zu langsam gewesen!)

Jetzt sagen wir, wir diskutieren miteinander. Dann heißt es, wir sind zu langsam. Was von beidem soll jetzt richtig sein? Das ist wirklich faszinierend. Herr Kollege Güll hat aus meiner Sicht zu Recht gesagt – oder war es Herr Kollege Gehring, ich weiß es jetzt nicht mehr, einer von beiden hat es gesagt -, wir haben auf dem Gebiet der Inklusion unter Beteiligung des Herrn Kollegen Eisenreich versucht, gemeinsam mit allen Fraktionen in Ruhe zu überlegen, was vernünftig ist. Das sollten wir auch beim Gymnasium in Ruhe tun. Daran hindert uns im Moment allein dieses Bürgerbegehren,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist ein Volksbegehren!)

in dem eine strukturelle Festlegung stattfindet, die aber in keiner Weise dem gerecht wird, was alle hier wollen müssen, nämlich der Fragestellung, wie wir das Gymnasium weiterentwickeln. Wir brauchen keine Begehren, um miteinander zu diskutieren, was weitergeht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch, doch, sonst würden Sie nicht diskutieren!)

Wir können auch so miteinander reden. Wir haben auch kein Begehren zum Thema Inklusion gebraucht, um miteinander zu reden. Wir werden auch dieses Begehren nicht brauchen, Herr Aiwanger. Nach dieser Zwischenbrüllerei, die Sie die ganze Zeit betreiben, sollte man Ihnen sowieso den Bildungsbereich nicht anvertrauen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben durchaus an vielen Stellen geredet. Ich kann Ihnen nur sagen: Die CSU-Fraktion hat mit vielen geredet, und das Ministerium führt den Dialogprozess. Wir machen das natürlich, weil es verschiedene Aspekte gibt. Es wurde angeführt, dass es verschiedene Konzepte gibt. Genau das ist der Punkt. Wenn es verschiedene Konzepte gibt, muss man miteinander überlegen, was vernünftig und richtig ist. Da würde ich mir wünschen, dass wir mit allen Fraktionen gemeinsam diskutieren und nicht anfangen, irgendwelche Strukturforderungen zu stellen, die leider inhaltlich für die Schülerinnen und Schüler keinerlei Verbesserungen darstellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mehr Zeit bringt mehr Chancen!)

Herr Kollege Professor Piazzolo hat gerade noch einmal die Schwierigkeiten für den ländlichen Raum dargestellt. Wir beide sind ja aus dem Großraum München. Deswegen war es sehr gut, dass die Kollegen Waschler und Lederer, die aus dem ländlichen Raum kommen, dargestellt haben, warum es dort nicht geht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dort laufen die Schüler dem G 8 davon!)

Sie kennen das Gutachten von Herrn Professor Klemm, der Ihnen sehr wohl gesagt hat, dass an 40 % der Gymnasien die Parallelförmigkeit nicht funktioniert. An 40 %!

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber an den anderen!)

Es ist also klar: Das geht nicht, das funktioniert nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt ja gar nicht! – Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Lesen Sie das Gutachten, bevor Sie reden! Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen. Sie sagen, es gibt viele Gutachten, und dann sagen Sie, es stimmt nicht. Also, entweder gibt es Ihrer Ansicht nach zu viele Gutachten, oder es steht das Falsche drin.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich weiß, dass 85 % kein achtjähriges Gymnasium wollen! Die sind mit dem G 9 viel besser dran als mit dem G 8!)

Wenn wir uns mal an den jungen Menschen orientiert überlegen, geht es um die Fragestellung - -

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Präsident, wer hat das Wort? – Dann ist es gut. – Wenn wir an den Schülern orientiert überlegen, was wir wollen, haben wir doch nicht das Problem, dass das Gymnasium zu wenig Zulauf hat. Wir haben das Problem, dass wir überlegen müssen, wie wir jeden gemäß seiner Befähigung auf den Weg dorthin bringen, wo er gut aufgehoben ist. Deswegen kann ich nicht nachvollziehen, weshalb Sie ein Konzept vorschlagen, das eine Steigerung des Übertritts zur Folge hat,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): In Niederbayern haben wir viel zu wenig Gymnasiasten!)

was bedeutet, dass an vielen Stellen die Menschen in die falsche Richtung geleitet werden und sie nachher nicht den gewünschten Beruf ergreifen können, weil sie gerade an dieser Ecke keine Stelle bekommen. Unser Problem sind doch die fehlenden Fachkräfte. Wir haben zu wenige Fachkräfte. An dieser Stelle müssen wir etwas tun, nicht an der anderen Stelle.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und das macht das Gymnasium unattraktiv?)

Wir müssen miteinander überlegen, was wir am Gymnasium weiterentwickeln müssen. Selbstverständlich ist spannend, wenn die Vbw eine Umfrage im Bereich der Metall- und Elektrobranche macht, was wir deren Ansicht nach brauchen. 30 % sind für das G 9, 10 % sind unentschieden und 60 % sagen, bitte bleibt beim G 8. Das sagen sie nicht ohne Grund, sondern weil sie die Fachkräfte nicht bekommen. Deswegen ist Ihr

Begehren gar keine Lösung. Es ändert nicht die Struktur und trägt auch in keiner Weise zu der angesprochenen Studierfähigkeit bei.

Wir machen einen Dialogprozess. Wir machen ihn deswegen, weil wir feststellen, dass die Heterogenität am Gymnasium zunimmt. Ich wünsche mir, dass wir miteinander überlegen, welche dieser Konzepte geeignet sind, etwas zu verändern und zu verbessern. Ganz sicher nicht geeignet ist ein Konzept, das an 40 % der Gymnasien nicht umgesetzt werden kann. Deswegen kann ich nur hoffen, dass wir dieses Begehren nicht bekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr Konzept hat bei 80 % ein Problem!)

Ich hoffe, dass wir vernünftig miteinander überlegen können, was wir tun. Dazu lade ich auch alle Fraktionen ein.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. Abschließend folgt die Beurteilung der Staatsregierung durch Herrn Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Das bayerische Gymnasium ist eine erfolgreiche und nachgefragte Schulart.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch!)

Der Zuspruch hat sich in den letzten zehn Jahren von 27 % auf über 40 % erhöht. Ich glaube, wir sind uns in diesem Hohen Hause alle darüber einig, dass darin die größte Herausforderung für das Gymnasium nicht nur in Bayern, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland liegt. Wir haben am bayerischen Gymnasium einen hohen Anteil an jungen Menschen aus Familien, die keine eigene gymnasiale Schulerfahrung oder keinen akademischen Hintergrund haben. Wir haben einen hohen Anteil an

Schülerinnen und Schülern am bayerischen Gymnasium - mit einem hohen Anteil wie noch nie an der gesamten Begabungsverteilung -, die wir zum Abitur streben lassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wollen sie offenbar dort nicht haben!)

Wir haben einen hohen Anteil an Schülern an den bayerischen Gymnasien, der noch wachsen muss, etwa aus Familien mit Zuwanderungshintergrund. Diese Herausforderung ist die größte Veränderung, die es am bayerischen Gymnasium zu bewältigen gilt. Ich bin den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen sehr dankbar, dass wir jetzt zum zweiten Mal in einer sehr konstruktiven Atmosphäre eine grundsätzliche Analyse der Lage des Gymnasiums von einem pädagogischen Ansatz her betreiben. Ich bin sehr dankbar, dass dieses Angebot zu einem Dialog von der gymnasialen Schulfamilie insgesamt, aber auch von den politischen Parteien in diesem Hause angenommen wird.

Die Bayerische Staatsregierung hat natürlich klare Vorstellungen, wie wir das bayerische Gymnasium als Flaggschiff der Gymnasien in Deutschland weiterentwickeln. Wir wollen dies in einem konsensualen, ergebnisoffenen Prozess tun. Wir haben in der vergangenen Legislatur gute Erfahrungen damit gemacht, das sensible Thema Inklusion auf einem solchen Weg politisch zu begleiten. Wir haben einige Rahmendaten zu beachten. Wir haben mit diesem sehr hohen Anteil eines Jahrgangs, nämlich dem höchsten an einer weiterführenden Schule, auch der Tatsache Rechnung zu tragen, die wir am bayerischen Gymnasium seit diesem Schuljahr umsetzen, dass gleiche Lernzeit für alle überholt ist. Bei diesem Satz hat der Herr Kollege Piazolo, als er ihn zitiert hat, ein "in" angefügt. Der Satz, den ich geprägt habe, lautet: G 8 für alle, nicht allein, G 9 für alle, nicht allein. Das ist aus unserer Sicht überholt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da ist der Widerspruch zu unserem Konzept!)

Am bayerischen Gymnasium will, soweit ich jetzt die Szene beobachte, niemand den Stoff über acht Jahre hinaus erhöhen. Wir wollen es ermöglichen, dass jeder Schüler

und jede Schülerin in Bayern für die Bewältigung dieses Stoffes acht oder neun Jahre in Anspruch nehmen kann.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber nicht mit Flexi-jahr!)

Und genau um diesen Weg geht es. – Der Angstschweiß verleiht rhetorisch keine Flügel, Herr Aiwanger. Das muss man mal klar sagen; das ist ja wohl ganz deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb können wir nur vor einem voreilig aufgesetzten Volksbegehren warnen, dessen 20.000 Unterschriften so lange im Schrank gelassen wurden, bis der parteitaktisch günstige Zeitpunkt da war. Dieser Weg schadet dem bayerischen Gymnasium.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben in Ihrem Leben noch nie Unterschriften sammeln müssen! Das ist Ihr Glück!)

Es gilt die klare Aussage, die die Bayerische Staatsregierung mit einem entsprechenden Ministerratsbeschluss und mit einem entsprechenden Fahrplan hinterlegt. Die Mehrheitsfraktion hat mit ihrer Initiative zur Anhörung im Bayerischen Landtag unterstrichen, dass wir diesen gesellschaftlichen Prozess des Entwickelns einer Antwort auf die Herausforderungen des bayerischen Gymnasiums unabhängig vom Ausgang des Volksbegehrens weiterführen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das werden Sie müssen, ob Sie wollen oder nicht!)

Wir werden am 21. Juli den zweiten gymnasialen Kongress zu diesem Thema durchführen. Wir werden erste Überlegungen der Öffentlichkeit noch vor der Sommerpause vorstellen. Dann werden wir diesen Dialog ruhig und sachlich in diesem Hause, aber auch mit allen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen vorantreiben.

Die Vorschläge der FREIEN WÄHLER, die auf dem Tisch liegen, gefährden kleine Landgymnasien. Sie zwingen die Eltern zu einer Entscheidung über die Schullaufbahn nach der vierten Klasse. Sie werden die Frage nach der pädagogischen Entwicklung des Kindes am bayerischen Gymnasium nicht ausreichend beantworten. Sie werden keine Antwort auf die Herausforderung geben, dass wir unterschiedliche Lernzeiten an bayerischen Gymnasien auf der Grundlage des Stoffes für acht Schuljahre haben und daher mehr Lernzeit geben müssen. Wir laden dazu ein, diesen Dialog ergebnisoffen gemeinsam zu führen. Wir haben die Chance, einen gesellschaftlichen Dialog über die Rolle des Gymnasiums und seine notwendige Lernzeit zu führen. Das Ergebnis ist genau das Angebot, das wir machen. Wir machen deutlich, dass wir uns aufeinander zubewegen, wenn es möglich ist. Deswegen wird die Unterschriftenaktion in den kommenden drei Wochen den bayerischen Gymnasien nicht nützen. Wir setzen auf Dialog. Wir wollen ein bayerisches Gymnasium, das den Ansprüchen gerecht wird, die mit der allgemeinen Hochschulreife verbunden sind, und das die Möglichkeit eröffnet, unterschiedliche Lernzeiten, nämlich neun oder acht Jahre, in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann also achteinhalb Jahre!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.